

Die Wahlpolitik der französischen Regierung.

Die schroffen Ausführungen Poincarés in der französischen Kammer werden in Berliner unterrichteten Kreisen als der Beginn eines neuen Feldzuges betrachtet, der sich gegen die Behandlung Deutschlands als gleichberechtigten Verhandlungspartner in der Frage der Reparationen und der Militärkontrolle richtet. Poincaré wird alles darauf anlegen, die Wahlpropaganda unter den außenpolitischen Gesichtspunkten zu führen und den Hitler-Ludendorff-Prozess sowie die letzten deutschen Ministerreden als Beweis dafür heranzuziehen, daß Deutschland sich den Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage nunmehr endgültig entziehen wolle und im geheimen zum Revanchekrieg rüste. Offenbar hält Poincaré seine Stellung für so gesichert, daß er jetzt auch auf den englischen Bundesgenossen keine allzu große Rücksicht mehr nimmt. Man erwartet in unterrichteten Kreisen nicht, daß die französische Regierung sich direkt gegen das Gutachten der Sachverständigen wenden wird, ist aber überzeugt, daß man in Paris alles versucht, um es in einem Sinne auszulegen, der die französischen Ansprüche begünstigt und wird vor allem diktatorische Maßnahmen gegen Deutschland zur Sicherung der französischen Ansprüche fordern. Da nicht damit zu rechnen ist, daß die französische Kammer die jetzige Regierung vor den Wahlen noch einmal stützt, hat Poincaré ungehinderte Bewegungsfreiheit in außenpolitischer Hinsicht und wird versuchen, die Regierung in den wichtigsten Fragen auch England gegenüber so festzulegen, daß auch eine anders gerichtete französische Regierung nicht leicht eine veränderte Haltung einnehmen kann. Die Aussichten für eine annehmbare Regelung der Ricumverträge werden deshalb als sehr gering betrachtet und man glaubt, daß das einzige, was sich in der Reparationsfrage vorläufig erreichen läßt, eine Verschiebung bis nach den französischen Wahlen ist. Jedenfalls denkt die deutsche Regierung nicht daran, sich einem neuen Zwangsdiplom zu fügen.

Die weitere Ruhrdebatte in der Kammer.

In der Kammereröffnung am Donnerstag gab der frühere Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, einen Überblick über die Arbeiten der Reparationskommission bis zur Befreiung des Ruhrgebietes. Er versuchte die von Loucheur schon im Oktober vergangenen Jahres aufgestellte Behauptung, wonach die Reparationskommission am 15. Mai 1921 den Betrag der deutschen Schulden auf 132 Milliarden ohne vorherige Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit festgesetzt habe, als unbegründet zu widerlegen. Weiter sagte Dubois: Wir erwarten jetzt den Bericht der Sachverständigen, und nach der Haltung der deutschen Regierung zu schließen, scheinen unsere Erfolge von ihm nicht gerade Gutes zu erwarten, selbst wenn das Sachverständigenkomitee den Betrag der deutschen Schuld auf ein Fünftel herabsetzen würde. Redner wird von Poincaré mit den Worten unterbrochen: Das kann es nicht. Die Sachverständigen können nur die Zahlungsmodalitäten erwägen. Dubois erklärte darauf: Er teile durchaus die Auffassung des Ministerpräsidenten und schloß sich seiner Ansicht an.

Nach Dubois stieg Herriot auf die Tribüne und be-

zweifelte die von Poincaré gezeigten angegebenen Ziffern hinsichtlich der Produktivität des Ruhrunternehmens. Die Frage sei, ob der Ertrag von 1923 denjenigen des Vorjahres übersteige oder nicht. Poincaré erklärte darauf: Frankreich hat Deutschland des Öfteren ein Reparationsprogramm vorgelegt, worauf aber immer eine ausweichende Antwort erfolgt sei. Herriot fährt fort: 1921 wurde den Verbündeten ein Betrag von 900 Millionen Goldmark in Sachleistungen zur Verfügung gestellt. Frankreich hat davon nur ungefähr 200 Milliarden erhalten. 700 Millionen sind im Stich gelassen worden, weil unsere Industriellen von den deutschen Sachleistungen eine schädliche Rückwirkung auf ihre Industrie befürchtet haben.

Le Troquer griff berichtigend in die Debatte ein und behauptete, daß die Reparationskommission bereits im Februar 1922 mit einem Sachleistungsprogramm von ihm bedacht worden sei, mit dem sich auch Deutschland damals im Prinzip einverstanden erklärt habe, im übrigen aber hinzugefügt habe, daß es sich noch mit seinen technischen Delegierten besprechen müsse. Er habe aber niemals die Namen dieser Delegierten weder vom Kanzler Wirth noch vom Kanzler Cuno erfahren können. Im Januar 1923 habe die Reichsregierung ihre technischen Bevollmächtigten noch immer nicht namhaft gemacht. Deutschland erklärte im Dezember 1922, es könne die Kohlen- und Koksleistungen nicht fortsetzen, wenn nicht 100 000 Deutsche an Front zugrunde gehen sollen. Man hat dann die Ruhr besetzt. Frankreich habe keine Kohlen erhalten und diese 100 000 Deutsche seien noch am Leben.

Herriot lehnte dann seine Rede fort. Er suchte nachzuweisen, daß die französische Regierung unter dem Druck ihrer Industriellen im Jahre 1922 der Ausführung des Sachleistungsprogramms widerstrebe.

Tardieu pflichtete dieser Auffassung bei. Er stellte fest, daß die von französischer Seite vorgenommenen Bestellungen in der Zeit von 1920 bis 1922 um 650 Millionen hinter dem in Aussicht genommenen Programm zurückblieben. (Verbaltete Bewegung.) Frankreich habe während des erwähnten Zeitraumes von Deutschland Sachleistungen in Höhe von 9 Millionen Goldmark entgegengenommen. Da stimmt offenbar etwas nicht. Die Sache ist schmerzhaft.

Vertrauensvotum für Poincaré

Er drohte vorher wieder mit Demission.

Paris, 3. April. Poincaré hat heute nachmittag mit der Demission des Kabinetts gedroht für den Fall, daß die Aussprache über die Interpellationen sich noch weiter in die Länge ziehe. Darauf wurde beschlossen, heute abend 9 Uhr zu einer Nachsitzung zusammenzutreten. In dieser Nachsitzung wurde der Regierung mit 408 gegen 151 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Vorhergegangen waren kurze Reden Blaisots und des Sozialisten Baraine. Im übrigen ist vereinbart worden, daß die Kammer bis zu ihrer Auflösung, das heißt bis zum 10. oder 12. April, tagtäglich morgens und nachmittags mit Ausnahme des nächsten Sonntags, tagen wird, um ihr umfangreiches Programm erledigen zu können.

mänien nicht mehr die frühere Herzlichkeit wieder erlangt haben.

Neues englisches Mietgesetz.

Aus London wird berichtet: Das neue Mietgesetz löst auf den heftigen Widerstand der Liberalen und Konservativen. Es handelt sich um eine kurze Novelle zur bestehenden Gesetzgebung. Der Text umfaßt 38 Seiten.

Der politische Korrespondent der „Evening News“ schreibt: „Wenn dieser Entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung angenommen wird, so ist er das charakteristischste Gesetz für die erste Arbeiterregierung. Der Hauptzweck des Gesetzes bestimmt, daß ein Hauswirt einem arbeitslosen Mieter wegen nicht gezahlter Miete nicht kündigen darf. Rein Hauswirt kann Miete verlangen, auch wenn der arbeitslose Mieter einen Teil seiner Wohnung untervermietet und die anderen Mitglieder der Familie im Besitze eines völligen Arbeitseinkommens sind. Inzwischen sind alle Ermittlungsverfahren in Schwabe, und in Fällen, wo Ausweisungen aus der Wohnung verflagt wurden, können die Mieter wieder in ihre Rechte eingeklagt werden. Unter Umständen muß der Hauswirt sogar zu den Umzugskosten beitragen. In konservativen und liberalen Kreisen heißt es, daß die vom Gesundheitsminister eingebrachte Vorlage fast genug sei, um eine Niederlage der Arbeiterregierung herbeizuführen, falls diese auf Annahme der Novelle in ihrer gegenwärtigen Fassung bestche.“

Die englischen Hausbaupläne.

Der Bericht über die englischen Hausbaupläne der gemischten Kommission belagt, daß einer der Pläne die Errichtung von 300 Häusern vorzöge, und zwar in 15-jährigen Perioden bei einem Mindestkostenpreis von 450 Pfund Sterling für das Haus. Kein Haus würde weniger als 850 Quadratfuß einnehmen, und Häuser mit 950 Quadratfuß Oberfläche werden 515 Pfd. Sterling kosten. Zu der gemischten Kommission gehören Vertreter des Baugewerbes, Vertreter der Bauarbeiter, sowie Vertreter von Fabrikanten und Baumaterialien.

Wirtschaftsminister Müller über die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes.

In einer Versammlung des Dresdener Einzelhandelsverbandes sprach am Dienstag abend der sächsische Wirtschaftsminister Müller über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes.“ Er stellte einleitend die Frage: Worin liegt die allgemeine Not begründet und worin die spezielle Not des Mittelstandes, und wie kann es aus dieser Not herauskommen? Der Minister stizierte dann in großen Zügen die Ursachen der Not, die heute am meisten die Arbeiterklasse, den Mittelstand und auch

viele Fabrikanten treffe und betonte dabei, daß es aber seinen Zweck habe, im Existenzkampf deswegen auf dem loszuschlagen. Auf die besondere Notlage des Mittelstandes zu sprechen kommend, sagte der Minister dann u. a. etwa folgendes: Die Wiederherstellung des Mittelstandes auf den Stand vor etwa 100 Jahren ist infolge der Entwicklung des Wirtschaftslebens nicht mehr möglich. Den gesteigerten Bedürfnissen muß sich eine verbesserte Produktionsweise anpassen, das kann aber eine in das Einzelhandels eingeschaltete Produktion nicht erreichen. Die so vielfach geschmähte freie Konkurrenz ist die Triebfeder für eine Verbesserung des Produktionssystems. Heute gilt es möglichst viel Waren zu produzieren und durch den Handel zu vertreiben. In der jetzigen Wirtschaftsform und mit den gegebenen Mitteln ist eine Sozialisierung nicht durchzuführen. Der Minister ging dann den Näheren auf den Charakter des Trusts, Kartelle und Syndikate ein, die die Lasten der Wirtschaftskrisen zugunsten einer kleineren Schicht auf die Schultern der Arbeiter, Beamten und Angestellten abzuwälzen versuchen. Wir brauchen den Einzelhandel, um einen schnelleren Kreislauf der Waren herbeizuführen. Den Handel heute zu kommunalisieren, ist unmöglich, da eine solche Umstellung einen großen Apparat, hohe Etablis und viel Kapital erfordern würde. Der Einzelhandel ist eingeleitet zwischen den Produzenten und den Konsumenten, die gegen ihn anstreben und gegen die er sich mit Recht wehrt; aber daß seine Mittel zu diesem Kampfe zu beschränkt sind, erklärt seine Notlage. Im Gegensatz zur Großindustrie einerseits und den Konsumenten andererseits ist der Mittelstand heute in so viele Interessengruppen zerplittert, daß er keinen einheitlichen Kampf führen kann. Der Minister beleuchtete dann die hauptsächlichsten Ursachen dieser Zersplittertheit und kam dann auf den vielen Zwischenhandel zu sprechen, der die Waren verteuert. Dabei sei es gerade der unethische Handel, der den größten Gewinn einheimt. Weiter kam der Minister auf die Maßregeln der Regierung, die Einführung der Volkswirtschaftlich, d. h. für die Allgemeinheit notwendigen Kontrollmaßnahmen der Preisprüfungsstellen zu sprechen und stellte dann die Frage: Was ist in dieser Situation die Aufgabe des Mittelstandes und wie kann ihm geholfen werden? Durch den Staat kann ihm nicht geholfen werden, sein Heil liegt auf dem Wege der Selbsthilfe. Auf genossenschaftlichem Wege wird man dem kleinen Produzenten die Rohstoffe zum selben Preis verschaffen müssen, wie sie die Großindustrie erhält. Ferner müssen ihm die Arbeitsmittel in technisch vollendeter Form verschafft werden. Wenn dann die große Masse der Bevölkerung lausträftig gehalten wird, daß sie den Handel in Bewegung setzen kann, dann kann auch der Handel im Einverständnis mit den Konsumenten den Kampf gegen die Preisbildung der Kartelle der Großindustrie aufnehmen. Direktor Hördigs dankte dem Minister für seine Ausführungen; wenn er auch im Gegensatz zu diesen die Abschaffung der Preisprüfungsstellen fordern müsse. Wirtschaftsminister Müller legte dem gegenüber nochmals dar, daß gerade auf die Initiative der Reichsregierung hin diese Stellen weiter bestehen und daß ihre Notwendigkeit sich daraus ergebe, daß man gewisse Geschäftspraktiken gewisser Kreise überwachen müsse. In der bisherigen Form seien sie nicht mehr haltbar, deswegen habe das Ministerium bereits durch zwei Verordnungen eine Umstellung vornehmen lassen, eine weitere dritte Verordnung werde in den nächsten Tagen eine Regelung bringen, mit der auch der Handel sicher zu Frieden sei. Auf eine Anfrage, wann mit dem Fall der Gewerbesteuerfreiheit der Genossenschaften gerechnet werden könne, erklärte der Minister, daß er es volkswirtschaftlich für einen Nachteil halten würde, solche Genossenschaften zu besteuern.

Politische Tageschau.

Abschluß der Voruntersuchung gegen den Regierungsekretär Groß. Die sozialdemokratische Presse meldet, daß die Voruntersuchung gegen den Regierungsekretär Groß vom Ministerium des Innern, der beschuldigt wird, amliche Aktenstücke gegen Bezahlung der SPD. zugänglich gemacht zu haben, abgeschlossen und Groß aus der Untersuchungshaft entlassen worden sei. Es findet demnächst die Hauptverhandlung gegen Groß statt.

Der Urlaub der Regierungsbeamten. Vom 1. April ab wird den deutschen Regierungsbeamten Erholungsurlaub unter denselben Voraussetzungen und von der gleichen Dauer wie den Reichsbahnbediensteten gewährt. Die Regieredirektion hat gleichfalls die Strafbefugnisse für das deutsche Personal neu geregelt.

Die Berliner Stadtoverordnetenentscheidung gegen einen gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahren an den Magistratsitzungen nicht teilnehmen darf, erschien am Donnerstag trotzdem wieder in der Sitzung und mußte, da er sich freiwillig nicht entfernte, von Schöffenbeamten gestiftet werden. Die Kommunisten erhoben daraufhin einen solchen Vorschlag, daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Sie erklärten, daß sie auch die weiteren Tagungen der Stadtoverordneten von nun an verhindern würden, und sich nur gewaltsam aus dem Saale entfernen lassen würden.

England.

Das Mietgesetz im Unterhaus. Neben dem neuen Mietgesetz wurde im Unterhaus debattiert. Die Debatte endete damit, daß die Regierung die Vorlage fallen ließ und einen Ertrag in den strittigen Klauseln zusagte. Clynes, der die Regierung vertrat, sagte, daß fast dieser Klauseln die Last der Zahlungen für fällige Mieten, zu deren Entrichtung die Mieter wegen Arbeitslosigkeit oder Zahlungsunfähigkeit außerstande sind, auf öffentliche Mittel abgewälzt werden. Wie verlautet, ist die Regierung hierdurch in eine Zwangslage gebracht worden. Sollte sie tatsächlich dem Entwurf dadurch eine Lösung geben, daß sie für die Zahlung der Mieten Erwerbsloser auf öffentliche Mittel zugreift, so ist mit schärfster Opposition zu rechnen.

Endämmung der Auslandsreisen.

500 Mark Gebühr für einen Unbedenklichkeitsvermerk.

Amlich wird gemeldet:

Auf Vorschlag des Reichsministeriums hat der Reichspräsident sich entschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Reiseverkehr Deutscher ins Ausland nach Möglichkeit einzudämmen. Es ist deshalb die Vorschrift des Marktausfuhrverbotes, wonach nicht mehr als 200 Goldmark in deutschem Geld ausgeführt werden dürfen, mit Wirkung vom 7. April auf den Reiseverkehr ausgedehnt worden. Die bekannte Bestimmung, daß der mitzunehmende Betrag 500 Goldmark betragen darf, bleibt bestehen, doch muß der Reisende sich die anderen 300 Mark, die nur in ausländischem Gelde mitgenommen werden dürfen, nach den in Deutschland bestehenden Vorschriften beschaffen. Außerdem ist für die Ausstellung des sogenannten Feuerlichen Unbedenklichkeitsvermerkes eine Gebühr von 500 Mark vorgeschrieben. Befreiungen für den notwendigen wirtschaftlichen Verkehr, für Kindertransporte nach dem Ausland und für einige andere Ausnahmefälle sind zugelassen. Bereits ausgestellte Unbedenklichkeitsvermerke verlieren mit dem 10. April ihre Gültigkeit.

Das Scheitern der rumänisch-russischen Konferenz.

Die Begleitumstände, unter denen die Wiener Konferenz zwischen Rumänien und Rußland über die besarabischen Frage gescheitert ist, beweisen deutlich, daß sich Sowjetrußland bei diesen Verhandlungen durchaus als der Stärkere fühlte, und daß Rumänien bereits durch die geschickte Taktik der Russen in die Verteidigungsstellung gedrängt ist. Für die deutsche Minderheit in Rumänien ist diese außenpolitische Situation insofern von Bedeutung, als die rumänische Regierung nunmehr mit einer feindlicheren Einstellung Rußlands rechnen muß und daher sowohl außen wie innenpolitisch mehr als bisher auf die Unterstützung der deutschen Minderheit angewiesen ist. Die rumänische Regierung hat auch erkennen lassen, daß es ihr nicht gleichgültig ist, wie sich die öffentliche Meinung Deutschlands, die auch in Rußland stark ins Gewicht zu fallen pflegt, zu dem Konflikt stellt. Aus diesem Grunde hofft man in unterrichteten deutschen Kreisen sehr, daß die rumänische Regierung in der Schlichtung ein größeres Entgegenkommen gegen die deutsche Minderheit beweisen und überhaupt in der Minderheitenpolitik gemäßigtere Methoden als bisher anwenden wird. Auch auf die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland dürfte die Spannung mit Rußland nicht ohne Einfluß bleiben, zumal auch die Beziehungen Rumäniens zu Frankreich seit der Ablehnung der französischen Rüstungskredite durch Ru-

Die 2
hat auch
Währ
1 590 000
L. März n
etwa weite
Dem
beren Sch
verwidel
abspielte
nach Dres
Die
nächster
ber Reich
Die
rund 45 0
Die
fürwählig
102 000 G
gehören
Kahr
landung i
gerüst im
Kurort in
Fran
lieferungen
stellt wür
Die
einen Pol
verhaftet.
Am
in Großh
in der B
In J
Gruppe v
Stoff und
* De
Korbstem
Zwanzig
zu auch n
hätte der
Schah in
und auf
Schmid
klagen.
* Ein
kaufmann
Großhand
den Verd
verhaftet
während
einmomm
die drän
* S
entlassen
den Kör
Reimann
die zwis
Königs
Berlau
Nahnam
mann H
* S
Lehrer
von seine
berge er
berichtet
berichtet
zu dem L
bede wer
* H
den lekte
lei etwa
Der Sch
schagen.